



liberal international **li-KURIER**

AUSGABE 01|2020
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)

TERMINE:

19. SEPTEMBER 2020 IN BONN:
XV. LI DAY ZUM THEMA MIGRATION

19./23. OKTOBER 2020:
17. DGLI-SEMINARREISE
NACH DÄNEMARK ODER LUXEMBURG



Jürgen Martens

*Liebe Freundinnen und
Freunde,*

diese Ausgabe des LI-Kuriers erscheint in ungewohnter Aufmachung in einer außer-gewöhnlichen Zeit. Die Corona-Krise hat Deutschland, Europa und die Welt ins-gesamt im Griff. Die langfristigen Auswir-kungen der Pandemie sind jetzt noch nicht

einmal in Umrissen erkennbar, wir kennen zurzeit noch nicht einmal ihre Dauer. Diese Epidemie wird unser Leben aber sicher nachhaltig verän- dern. Die wirtschaftlichen Folgen werden möglicherweise nur sehr lang- sam überwunden und die sozialen Folgewirkungen werden tiefe Spuren hinterlassen.

Diese weltweite Krise müsste auch den hartnäckigen Realitätsverwei- gerern, Isolationisten und Globalisierungsgegnern belegen, dass wir sol- chen Gefahren weltweit gemeinsam ausgesetzt sind und sie auch nur in einer weltweiten Kooperation nachhaltig und dauerhaft bekämpfen bzw. vermeiden können. Ein Zurück in vermeintlich „gute alte Zeiten“ gibt es nicht.

Auf die neuen Zeiten sind wir allerdings nur mangelhaft vorbereitet. Die zahlreichen nationalen Alleingänge belegen dies anschaulich. Die Soli- darität innerhalb der EU war beschämend, die Kommission nahezu hand- lungsunfähig und die politische Koordinierung erschreckend schwach. Europa hat sich in dieser Krise bislang nicht bewährt. Dabei hätte hier ein entschlossenes Handeln der EU zu Beginn der Pandemie neues Vertrau- en in eine Union schaffen können, die sich gemeinsam und solidarisch den Herausforderungen der Krise stellt im Wissen darum, dass sich das Virus um nationale Grenzen nicht kümmert.

Die Mitgliedstaaten haben zudem in einem ersten Reflex nationale Gren-

zen geschlossen und Ausfuhrverbote für medizinisches Material wie Atemschutzmasken oder Beatmungsgeräte verhängt. Dabei hätte klar sein müssen, dass die Corona-Krise nicht im nationalen Alleingang zu bewältigen ist und die Beseitigung ihrer Folgen erst recht nicht.

Völlig unverständlich erscheint es, wenn dann die Möglichkeiten einer internationalen Epidemiebekämpfung nicht genutzt oder aus politischen Gründen behindert oder gar beschädigt werden. Dies gilt für die Angrif- fe des US-amerikanischen Präsidenten auf die Weltgesundheitsorgani- sation WHO ebenso wie für den Umstand, dass Taiwan im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation eine Mitarbeit fast völlig verweigert wird, obwohl das Land beachtliche Erfolge bei der Eindämmung der Pandemie erzielt hat – und das ausgerechnet auf Drängen der VR China.

Die Corona-Krise bedroht aber auch unsere politischen Grundwerte. Noch nie wurden nach 1945 in Europa so tiefe Einschnitte in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger vorgenommen. In den meisten Staaten haben die Bürger die Gewissheit, dass ihre Freiheit nur vorübergehend beschränkt wird.

In manchen Staaten sieht das ganz anders aus. In China nutzt das Regime das Einfrieren des öffentlichen Lebens, um führende Vertreter der De- mokratiebewegung in Hongkong zu inhaftieren. Die Präsidentin unserer Dachorganisation Liberal International (LI), Hakima el Haité, hat mit wei- teren Mitgliedern des LI-Präsidiums, wie dem Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, die chinesische Regierung aufgefordert, den festgenommenen Bürger- rechtler Martin Lee sofort aus der Haft zu entlassen.

Es gibt aber auch in Europa Politiker, denen die Corona-Krise ein willkom- merner Vorwand ist, störende Kontrollrechte oder -instanzen →

weiter einzuschränken oder zu beseitigen. Liberal International warnt daher davor, unliebsame Journalisten unter Hinweis auf epidemiebedingte Sonderregelungen zu verfolgen.

Insbesondere Ministerpräsident Viktor Orban hat sich in Ungarn unter dem Deckmantel der Seuchenbekämpfung neue umfassende Befugnisse erteilen lassen, die wesentliche Verfassungsgarantien außer Kraft setzen. Die Regierung kann dadurch fast vollständig ohne Parlament agieren und selbst über die Dauer der Ausnahmeregelungen entscheiden. Das ist für Demokraten inakzeptabel, für Liberale erst recht.

Die Krise wirft zahlreiche neue Fragen auf. Etwa die Frage, welche Kompetenzen Regierungen und Verwaltungen auf Länder- und Kommunebene haben sollen und welche Bedeutung die Parlamente hier spielen. An einigen Stellen hat der Deutsche Bundestag bereits Wünsche der Regierung abgelehnt, über das Vorliegen bestimmter Eingriffsvoraussetzungen oder die Dauer der Regelungen selbst zu bestimmen.

Im Wesentlichen wurden die Freiheitsbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise von den Bürgern bisher akzeptiert und befolgt. Aber auch diese Akzeptanz ist wohl nicht unendlich und sollte nicht überstrapaziert werden. Dies führt uns zu den schwierigen Abwägungsfragen, welche Einschränkungen wirklich für längere Zeiten notwendig und verhältnismäßig sind und wie eine effektive Kontrolle der Verhältnismäßigkeit in diesen Fragen ausgestaltet sein müsste.

Die jetzige Situation ist außergewöhnlich – in jeder Hinsicht. Auch die Arbeit von Liberal International oder der Deutschen Gruppe der Liberal International (DGLI) ist von den Beschränkungen betroffen. Der LI-Kongress in Sofia ist verschoben worden. Der diesjährige XV. LI Day der DGLI wird nicht am 13. Juni in Bonn stattfinden können. Wir gehen davon aus, den LI Day am 19. September nachzuholen – besser: wir hoffen, dies dann zu tun können. Entgegen der ursprünglichen Planung wird die diesjährige Studienreise der DGLI nicht nach Irland, sondern nach Dänemark oder Luxemburg führen – wir werden Sie aber über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Dank Informationstechnologie ist das politische Leben nicht völlig zusammengebrochen. Das ist nicht wenig, aber auf Dauer auch nicht ausreichend. Ich hoffe, dass wir möglichst bald die Möglichkeit erhalten, uns persönlich zum Meinungsaustausch zusammenzufinden.

Bleiben Sie bis dahin gesund!

Herzlichst,

Ihr

Dr. Jürgen Martens MdB

Präsident der DGLI

KANADA 2020 – EIN HALBES JAHR NACH DEN WAHLEN



Daniel Obst mit dem kanadischen Kulturminister Steven Guilbeault in Montreal

Die noch vor sechs Jahren totesagte Liberale Partei Kanadas, Liberal Party of Canada (LPC), hat im Oktober 2019 zum zweiten Mal mit ihrem Spitzenkandidaten Justin Trudeau eine Mehrheit erhalten.

Im Oktober 2019 fanden in Kanada die Bundeswahlen statt, ein

neues Unterhaus wurde in Ottawa gewählt. Sechs größere Parteien kandidierten für das 43. Kanadische Unterhaus. Ich konnte vor Ort einige Live-Eindrücke während des Wahlkampfes sammeln und möchte darüber hier im DGLI-Kurier berichten.

Die Ausgangslage: Seit 2015 re-

gierte die LPC mit einer eigenen parlamentarischen Mehrheit. Kanada besitzt ein Mehrheitswahlrecht mit 338 Wahlkreisen, das bedeutet, 170 Sitze werden für eine absolute Mehrheit benötigt. Nur der Gewinner jedes Wahlkreises erhält einen Sitz im kanadischen Unterhaus. 2015 gewann Spitzenkandidat Justin Trudeau aus Montreal mit einem Erdrutschsieg erstmals eine Mehrheit gegen die Konservativen. Mit 177 Sitzen konnte er vier Jahre lang Kanada regieren, seit 2017 jedoch teilweise getrieben vom südlichen „Partner“ USA. Trudeau richtete daher auch eine „Task Force Trump“ am Regierungssitz in Ottawa ein, die jeden Schritt des für Kanada lebenswichtigen Partners USA genau analysierte und versuchte, das Mögliche und Unmögliche vorherzusagen.

Die Beliebtheitswerte von Trudeau waren bis Anfang 2019 in

Kanada auch sehr wohlwollend, trübten sich dann aber wegen verschiedener Skandale bis zur Wahl ein. Herausforderer war der nicht sonderlich beliebte Andrew Scheer von der Konservativen Partei aus Saskatchewan. Daneben kandidierte noch die gewerkschaftsnahe Neue Demokratische Partei (NDP) mit dem nur mäßig beliebten jungen Spitzenkandidaten Jagmeet Singh sowie die sehr kleine Grüne Partei Kanadas unter Führung der Trudeau-Freundin Elizabeth May. Weiterer Bewerber war die neue rechtspopulistische Volkspartei sowie nur in Quebec die „ewigen“ Separatisten des Bloc Québécois unter Yves-François Blanchet. Letztere waren auf nur noch 4 nationale Abgeordnete geschrumpft, ihnen wurde der „politische Tod“ 2019 vorhergesagt.

Der Wahlabend versprach dann einige Überraschungen: stärkste



Der alte und neue liberale Ministerpräsident Kanadas Justin Trudeau bei der Abschlusskundgebung des Wahlkampfes in Montreal im Oktober 2019

Kraft nach nationalen Stimmen wurde überraschend die Konservative Partei mit 34 %. Aufgrund des Mehrheitswahlrechtes gelang es den Konservativen jedoch nur, 121 Sitze zu erringen. Trudeaus Liberale holten mit 33 % jedoch 157 Sitze und sicherten sich zumindest eine relative Mehrheit. Sie bilden nun eine für Kanada nicht ungewöhnliche Minderheitsregierung, die nach allen Vorhersagungen

bis mindestens Ende 2021 stabil im Amt sein wird. Dies auch deswegen, weil der Opposition der Spitzenkandidat Scheer abhandengekommen ist. Nach einer Ankündigung, nun als Oppositionsführer im Amt zu bleiben, trat er Ende 2019 doch zurück. Bis ein neuer Herausforderer gewählt ist, dürften auch aufgrund der Covid19-Krise noch viele Monate in das Land gehen. Die Konserva-

tiven hoffen, bis Ende 2020 einen neuen Vorsitzenden zu haben. Zweiter Sieger waren völlig überraschend die in den letzten Wahlkampfwochen stark gewordenen Separatisten vom Bloc Québécois. Obwohl die Partei nur in einem (von zehn) Bundesstaaten Kanadas kandidierte, errang sie stolze 7,5 % und 32 Sitze. Sie ist damit drittstärkste Kraft in Ottawa. Québec möchte sie aktuell nicht (mehr) abspalten, ein Grund, warum viele unzufriedene Québécois den Bloc als Alternative zu den beiden großen Parteien erkannten. Dennoch ist ihr Wahlerfolg nicht wirklich zu erklären, die meisten Analysten sind etwas ratlos. Die NDP stürzte auf 16 % und nur 24 Sitze ab, die neue Volkspartei bekam mit 1,5 % keinen einzigen Sitz. Die Grünen schafften mit 6,5 % und 3 Sitzen einen kleinen Achtungserfolg. Die LPC regiert nun mit einem Minderheitskabinett wieder alleine, Trudeaus Umfragewerte sind deutlich gestiegen. Trudeau re-

giert wieder mit einem zur Hälfte weiblich besetzten Kabinett mit einigen sehr bunten interessanten Persönlichkeiten. Darunter ist unter anderem der beliebte kanadische Umweltschützer Steven Guilbeault oder die stellvertretende Premierministerin aufgestiegene rührige vormalige Außenministerin Chrystia Freeland. Sie wurde einer größeren Weltöffentlichkeit bekannt, als sie sich als Handelsministerin sehr furios und kompetent für das kanadisch-europäische CETA-Freihandelsabkommen 2017 einsetzte.

Die offiziell nächste Wahl ist für 2023 angesetzt, aber die Minderheitsregierung kann eher zu Fall kommen. Es bleibt also spannend.

Daniel Obst, Mitglied des DGLI-Präsidiums, Vorsitzender der DGLI-Sektion Baden-Württemberg, Richter am Arbeitsgericht Mannheim

UPDATE AUS DEM LIBERAL INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS COMMITTEE

Mit dem Ausbruch der weltweiten Corona-Pandemie, den damit einhergehenden Reise- und Kontaktbeschränkungen und der notwendigen Absage von physischen Konferenzen und Arbeitstreffen verlegte auch das LI Human Rights Committee (LI HRC) seine Arbeit in den digitalen Raum. Der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern bleibt intensiv, die Arbeit ist insbesondere mit digitalen Veröffentlichungen und Statements in den sozialen Netzwerken präsent. Gerade in Zeiten erheblicher Grundrechtsbeschränkungen ist der kritische Blick auf Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit von staatlichen Maßnahmen wichtig. Zudem trägt das Committee gerade auch heute Menschenrechtsfragen in die Öffentlichkeit und lässt diese so bei aller Fokussierung auf die Pandemiebekämpfung nicht aus dem Blick geraten.

In zunehmendem Tempo setzen Regierungen vorübergehende Notstandsgesetze durch, um die anhaltende Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. In Ländern auf der ganzen Welt geben verabschiedete Notstandsgesetze den Staaten die Befugnis, das Leben der Menschen zu kontrollieren und ihre Freiheiten auf eine Weise aufzuheben, die normalerweise autoritären Regierungen oder Kriegszeiten vorbehalten ist. Astrid Thors, Vorsitzende des LI HRC, sagte deutlich: „Auch wenn wir derzeit weltweit einer akuten Bedrohung ausgesetzt sind, bedeutet dies nicht, dass Menschenrechte nicht mehr gelten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sich die Regierungen weiterhin für die Wahrung der Rechte ihrer Bürger einsetzen - oder wir riskieren, nach dem Ende dieser Krise einer ganz anderen Gesellschaft gegenüberzustehen.“ Im LI HRC sind

wir uns einig: Liberale sowohl in Regierungen als auch in Opposition müssen weiterhin darauf hinwirken, dass die Grundrechte der Bürger während dieser Krise nicht achtlos außer Kraft gesetzt werden. Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sind erforderlich. Aber Notstandsgesetzgebungen müssen transparent, notwendig und verhältnismäßig sein, um die unmittelbare Gesundheitskrise zu lösen, sowie streng zeitlich begrenzt und regelmäßig überprüft werden. Sie müssen einer Verfallsklausel unterliegen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Regierungen gegenüber Parlamenten und anderen Kontrollgremien rechenschaftspflichtig bleiben. Covid-19 darf auch keine Entschuldigung sein, um die Meinungsfreiheit einzuschränken. Leider nutzen bereits mehrere Regierungen auf der ganzen Welt die

Pandemie, um außergewöhnliche Befugnisse zu beanspruchen, die demokratische Institutionen, einschließlich der freien Presse, untergraben können. Ungarn als ein Beispiel ist in der deutschen Medienlandschaft präsent. Ein anderes tragisches Beispiel ist Turkmenistan, wo staatliche Medien nicht einmal das Wort „Coronavirus“ verwenden dürfen. In Rumänien wurde ein Dekret erlassen, welches der Regierung besondere Befugnisse zur Einschränkung der Informationsfreiheit gewährt. Zwei andere Fälle geben Hoffnung: In Serbien und Armenien veranlasste der Druck von außen die jeweiligen Regierungen, drakonische Gesetzesvorschläge zurückzuziehen. Dies macht nachdrücklich klar: Journalisten müssen gerade in diesen Zeiten ihre Arbeit fortsetzen können, um die Öffentlichkeit mit verlässlichen und faktenbasierten Informatio-

nen zu versorgen. Transparenz ist der beste Weg, die Ausbreitung der Pandemie zu bekämpfen.

LI HRC unterstützt die gemeinsame Initiative von mehr als 100 Menschenrechtsorganisationen weltweit. Die Corona-Pandemie dürfe nicht als Deckmantel für die Einleitung einer weitergehenden digitalen Überwachung genutzt werden. Technologie kann und sollte bei den Bemühungen zur Rettung von Menschenleben eine wichtige Rolle spielen, z.B. zur Verbreitung von Gesundheits-

informationen oder für den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Eine Zunahme staatlicher digitaler Überwachungsbefugnisse - beispielsweise der Zugriff auf Standortdaten von Mobiltelefonen - gefährdet jedoch die Privatsphäre, die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Zudem beeinträchtigt die Verletzung dieser Grundrechte das Vertrauen in Behörden und untergräbt so die Wirksamkeit von Maßnahmen. Jenseits der Corona-Themen nutzte Liberal International im

März 2020 seinen Einfluss beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf und forderte in einer schriftlichen Erklärung die chinesischen Behörden erneut auf, den mit dem LI Prize for Freedom ausgezeichneten Ilham Tohti aus dem Gefängnis zu entlassen, alle Anklagen gegen ihn fallen zu lassen und die Verfolgung der uigurischen Minderheit in China zu stoppen.

Zudem nominierte Liberal International die philippinische Senatorin Leila de Lima, die im Oktober 2017

den LI Prize for Freedom erhielt, für den Friedensnobelpreis 2020. Sie ist eine der bedeutendsten Kritikerinnen des philippinischen Drogenkrieges der Regierung von Präsident Rodrigo Duterte und seit drei Jahren in Haft, ohne ein faires Verfahren erhalten zu haben.

Dr. Steffen Pabst, Mitglied des DGLI-Präsidiums, Mitglied des Human Rights Committee der Liberal International, Wirtschaftsjurist in Leipzig

LIBERALE STEHEN FÜR FREIEN UND FAIREN WELTHANDEL IN EINER REGELBASIERTEN WELTORDNUNG EIN

(Dieser Text basiert auf dem Beitrag des Verfassers zum Antrag „Fünf liberale Forderungen für eine regelbasierte Weltordnung“, der auf dem nächsten FDP-Bundesparteitag verabschiedet werden soll.)

Die Covid-19-Pandemie hat zu einer beispiellosen Entschleunigung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und einem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsleistung nicht nur in Deutschland und der Europäischen Union, sondern weltweit geführt. Damit ist die Welt in diesem noch jungen 21. Jahrhundert nach SARS-CoV- und weiteren Grippe-Pandemien sowie dem Terrorfanal von „9/11“, der globalen Finanz-, der Flüchtlings- und der Klimakrise erneut einer extremen Notlage ausgesetzt, die alle Lebensbereiche und damit die sie tragenden Ordnungsstrukturen betrifft. In dieser globalisierten und digitalisierten Welt rächt sich, dass die Politik diesen Flächenbränden mehr oder minder erfolgreich mit Notoperationen beizukommen sucht und seit Jahren die Lösung dieser Probleme in die Zukunft verlegt hat. Diese vermeintlich bequeme Prokrastination der Probleme aber zeigt resp. bewirkt Dysfunktionalitäten in der organisierten Staatlichkeit und in unseren offenen Gesellschaften,

die wiederum eine große Gefahr für eine wertebasierte, freiheitliche Ordnung und für „good governance“ sind. Die Herausforderung von Covid-19 ist mehr als eine medizinische: sie bildet unsere derzeitige Weltordnung einschließlich ihrer Mängel ab und den Systemwettbewerb zwischen einem liberalen demokratischen und einem illiberalen, autoritären bis totalitären Staatsverständnis. Deshalb setzen wir Liberale uns mit aller Macht für die Verteidigung der liberalen Weltordnung und die Stärkung des Multilateralismus ein. Globale Krisen wie der Klimawandel oder die Ausbreitung des Coronavirus zeigen, wie eng unsere Gesellschaften weltweit miteinander verflochten sind – ökologisch, wirtschaftlich, politisch, kulturell und auch gesundheitlich. Gerade in diesen Zeiten muss es mehr internationale Zusammenarbeit geben statt weniger. In der Tradition unserer Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel und Guido Westerwelle stehen wir für faire internationale Kooperation nicht nur zur Bewältigung globaler Krisen, für Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in unseren Außenbeziehungen, für die Öffnung der Märkte sowie für den friedlichen Austausch zwischen Völkern und Kulturen.

In der internationalen Politik erleben wir derzeit jedoch die Rückkehr zum Protektionismus, der das regelbasierte multilaterale Handelssystem auszuhöhlen droht, und zum Nullsummen-Denken, das nationale Alleingänge über internationale Vereinbarungen zur Lösung globaler Probleme und Herausforderungen stellt, sowie eine Konjunktur des Rechts des Stärkeren, das Völkerrecht relativiert oder gar bricht. Wir treten diesen Entwicklungen entschieden entgegen und fordern, dass Deutschland noch stärker für eine multilaterale, auf Regeln basierte Ordnung eintreten muss. Wir sehen in diesen Entwicklungen einerseits eine fundamentale Bedrohung und andererseits einen Lackmустest für die vielbeschworenen liberalen Werte und eine freiheitliche offene Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und Verantwortung, Freisinnigkeit und Gemeinsinnigkeit zwei Seiten einer Medaille sind.

Konstitutiv dafür ist für uns ohne jeden Zweifel ein freier und regelbasierter Welthandel. Das multilaterale Welthandelssystem, das durch die WTO mit ihrem ordnungspolitischen Rahmen verkörpert wird, ist eine große Erfolgsgeschichte. Die Liberalisierung der Märkte für Güter und Dienstleistungen hat seit der Mitte des

20. Jahrhunderts der Menschheit Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gebracht. Indem auch frühere Feinde immer engere Handelsbeziehungen pflegen, leistet der Welthandel zudem einen wichtigen Beitrag zum globalen Frieden.

Dennoch sieht sich die liberale, regelbasierte Welthandelsordnung einem gewaltigen Stresstest ausgesetzt: der Vertrauensverlust der Bürger in die Politik im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise, ein immer stärker werdender Systemwettbewerb zwischen dem marktwirtschaftlichen, westlichen Modell und dem „neoliberalen“ Staatskapitalismus Chinas und wachsender Populismus lassen ökonomische Nationalismen machtvoll aufleben. Welthandelsregeln werden verstärkt als Eingriffe in die Staatssouveränität wahrgenommen – trotz der enormen Wohlfahrtsgewinne. Wichtige Stakeholder scheinen sich gar gänzlich vom Multi- zum Unilateralismus zu verabschieden. Protektionismus, merkantilistische Handelspolitik unter Parolen wie „America first“ und das neokoloniale chinesische Projekt einer Neuen Seidenstraße sind beredete Beispiele dafür.

Wir Liberale stellen uns diesen Herausforderungen und widersetzen uns vehement einer De-

montage der Welthandelsordnung sowie ungleicher, unfairer Wettbewerbsbedingungen weltweit. Wir wollen die Chancen des auf Regeln basierenden Freihandels nutzen, um im Sinne der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einen multilateralen ordnungspolitischen Rahmen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass nur über die nachhaltige Entwicklung durch einen freien und fairen Welthandel die Sustainable Development Goals (SDGs) erreicht werden können.

Deshalb fordern wir auch die Bundesregierung und die Institutionen der Europäischen Union auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, die WTO als zentralen Ort eines fairen und globalen regelbasier-

ten Welthandelssystems nicht nur zu stärken, sondern auch auf die längst überfällige, transparente und inklusive WTO-Reform zu drängen. Das ist nötig, um die notwendigen Regelungen für das 21. Jahrhundert und eine weltweite Freihandelsordnung unter diesem Dach zu schaffen. Nachdem die relativ tiefhängenden Früchte der Zolllsenkungen gepflückt sind, geht es jetzt um das Eingemachte: um eine strengere Kontrolle der Beihilfen für den Fischereisektor, um eine Verschärfung der Regeln für industrielle Subventionen und Staatsbetriebe, eine weitere Liberalisierung der Dienstleistungen, und eine Zolllsenkung- bzw. -abschaffung für umweltfreundliche Güter. Bei der Weiterentwicklung der WTO sehen wir – trotz gewisser US-amerikanischer Zurückhal-

tung – auch die G7-Staaten als die Wertegemeinschaft offener und demokratischer Gesellschaften, aber auch das Format der G20-Staaten in besonderer Pflicht. Darüber hinaus muss die von den USA ausgelöste Krise um die unverantwortliche Blockierung des WTO-Schiedsgerichts dringend beigelegt werden, durch die die Streitschlichtung des internationalen Handelssystems, die rechtsstaatskonformer ausgestaltet ist, ausgehebelt wird. Wir begrüßen, dass es der EU gelungen ist, mit über 15 Partnern ein alternatives Streitschlichtungssystem zu errichten, welches die wesentlichen Funktionen des WTO-Schiedsgerichts aushilfsweise bereitstellt.

Während das Ziel bleibt, globale Abkommen im Rahmen der WTO

zu erreichen, sind viele Länder angesichts des Stillstandes der Doha-Runde zwischenzeitlich dazu übergegangen, sogenannte plurilaterale Handelsabkommen zu verhandeln. Dadurch wird immerhin der Anstrich eines multilateralen Charakters gewahrt. Für Liberale ist jedoch klar, dass diese Abkommen nur ein Zwischenschritt in Richtung multilateraler Freihandelsabkommen sein können.

Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmitglied des FDP-Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand. Er ist als Unternehmensberater tätig.

BRASILIEN: CHRONIK EINER POLITISCHEN KRISE



Foto: Lightbox - stock.adobe.com

Seit Wochen spielt der brasilianische Präsident, Jair Messias Bolsonaro, systematisch die Bedeutung des Coronavirus Covid-19 für sein Land herunter. Er bezeichnet es abwechselnd als „gripezinho“ (Grippchen), als Fantasie oder als „popelige“ Krankheit. Er macht sich öffentlich lustig über die von den Gouverneuren der Bundesländer zur Bekämpfung des Virus angeordneten Maßnahmen, die er als bloße Hysterie beschimpft. Ende März löschte Twitter zwei

Tweets Bolsonaros, in denen er den Sinn von Isolationsmaßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus in Zweifel zog. Twitter begründete die Löschung damit, sie widersprächen den Informationen der Weltgesundheitsbehörde WHO über die Corona-Pandemie und erhöhten das Risiko einer Weiterverbreitung des Virus. Bolsonaro kritisierte die Schließung von Shopping Malls und ermutigte, seine treuen Anhänger, die rechtsradikalen, evangelikalen

Sekten, weiterhin ihre Massengottesdienste ohne Einhaltung irgendwelcher Abstands- und Hygieneregeln abzuhalten.

Überzeugt von der Wirksamkeit des Malariamittels Chloroquin gegen das tödliche Virus, veranlasste Bolsonaro die Armee, die Produktion von Chloroquin auszuweiten. „Er würde nicht zögern, es seiner eigenen Mutter zu geben, wenn sie sich anstecken sollte“, äußerte er in einem Interview. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass elf mit Covid-19 infizierte Menschen, an denen Chloroquin getestet wurde, in Manaus, der Hauptstadt des Bundesstaats Amazonas, nach dem Test gestorben sind.

Mitte April entließ der Präsident seinen hochgeschätzten Gesundheitsminister Luiz Henrique Mandetta, der eine Isolation aller Bürger für zwingend notwendig hielt. An dessen Stelle ernannte er mit Nelson Teich einen seiner Anhänger, von dem wenig Widerstand zu erwarten war. Inmitten der sich

verschärfenden Corona-Krise hatte dieser jedoch nach einem Monat im Amt um seine Entlassung gebeten und hat den Posten schon wieder geräumt. Gleichzeitig rief Bolsonaro die Brasilianer auf, trotz der in den meisten Bundesländern dekretierten Ausgangssperre zurück zur Arbeit zu gehen, um die schon vor der Pandemie schwächelnde Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Öffentlich behauptete er mehrmals, ihm als Präsidenten stehe absolute Macht zu. Die Mehrheit der Brasilianer folgte jedoch der Mahnung der Gouverneure, indem sie zu Hause blieb und nicht der Aufforderung des Präsidenten folgte.

Auf die Frage, warum er nicht mehr gegen die steigende Zahl von Corona-Toten unternähme, antwortete der Präsident: „Was wollt Ihr, dass ich dagegen tue. Mein zweiter Vorname ist zwar Messias, aber ich vollbringe keine Wunder“.

Wenige Tage nach der Entlassung seines ersten Gesundheitsministers nahm der Präsident am 19. April,

dem Tag der „Forças Armadas“, an einer Demonstration vor dem Hauptquartier der Streitkräfte in Brasília teil, in dem er demonstrativ Hände schüttelte. Die Demonstranten forderten die Auflösung des Obersten Gerichts (Supremo Tribunal da Justiça), des Parlaments und die Wiedereinführung des AI 5 (Ato Institucional Nr. 5). Der AI 5 war ein berüchtigtes, gesetzlich verankertes Instrument der brasilianischen Militärdiktatur (1964-1985), dem Hunderte Oppositionelle zum Opfer gefallen sind und in dessen Namen Unzählige verhaftet, gequält und gefoltert wurden. Bis heute wurden diese Verbrechen nicht aufgearbeitet. Der Präsident selbst verherrlichte immer wieder das Militärregime, indem er es verharmlosend als „Militärperiode“ hinstellte. Bei der Demonstration am „Dia das Forças Armadas“ schloss er sich den Forderungen seiner Anhänger nach einer militärischen Intervention an.

Mit seinem Auftritt vor den Puttschisten hat der Präsident eine Schwelle überschritten, die ihn das Amt kosten und das Militär auf den Plan rufen könnte.

Wegen seines von erratischer Inkompetenz und amateurhafter Improvisation geprägten Politikstils hält sich Bolsonaro – so wird vermutet – nur durch die Unterstützung der Militärs an der Macht. In seinem Kabinett sitzen mehr Militärs als zur Zeit der Militärdiktatur. Insgesamt sind es sieben Militärs, darunter vier Ex-

Generäle, die u.a. zuständig sind für so wichtige Ressorts wie Bergbau und Energie, Wissenschaft und Technologie und Infrastruktur. Auch sein Kabinettschef und sein Vizepräsident, der im Falle des Rücktritts oder der Absetzung von Bolsonaro ihm im Amt nachfolgen würde, gehören dem Militär an. Die gegenwärtige Krise erreichte einen neuen Höhepunkt durch den Rücktritt von Justizminister Sérgio Moro. Moro gilt in Brasilien als die Verkörperung des Kampfes gegen Korruption. In seiner etwas laarmoyanten Pressekonferenz legte Moro die Gründe für seine überraschende Entscheidung dar. Der Präsident habe in seine Zuständigkeit als Minister für Öffentliche Sicherheit eingegriffen, außer der Justiz umfasste sein Ministerium auch die „Segurança Pública“ darunter die Bundespolizei. Moro warf dem Präsidenten vor, gegen seinen Willen den Chef der Bundespolizei entlassen zu haben, um den Posten mit einem Freund zu besetzen.

Als der Präsident jedoch seinen alten Bekannten, den Direktor des Geheimdienstes Abin (Agencia Brasileira de Inteligencia) zum Chef der Bundespolizei ernannte, der ihn schon während seines Wahlkampfes unterstützt hatte, griff das Oberste Gericht ein. Die Bundespolizei wurde ermächtigt, wegen der wechselseitigen Vorwürfe sowohl gegen den Präsidenten als auch gegen den Ex-Minister Moro, Ermittlungen zu führen.

In seiner Vernehmung vor der Bundespolizei gab Moro auch an, der Präsident habe aus persönlichen und politischen Motiven mehrfach versucht, den Leiter der Polizeibehörde von Rio de Janeiro auszuwechseln, um ihn mit einer ihm nahestehenden Person zu besetzen.

Daraufhin setzte ein abstruses „Ping-Pong-Spiel“ zwischen dem Präsidenten und seinem Ex-Minister ein. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Präsident sich Zugang zu Ermittlungen gegen seine Söhne verschaffen will. Es wird vermutet, dass die Söhne an Geldwäschegeschäften beteiligt waren. Darüber hinaus steht der Verdacht im Raum, einer seiner Söhne sei Mitwisser des Mordes an einer Stadtverordneten von Rio de Janeiro.

Die Bundespolizei hat einen weiteren Sohn des Präsidenten im Visier, der als Kopf des sogenannten „Kabinetts des Hasses“ vom Präsidentenpalast aus Kampagnen führen soll, um die Stimmung im Land weiter aufzuheizen.

Bolsonaro stellt zwar den Vorwurf der Einmischung nicht in Abrede, rechtfertigt ihn aber damit, Moro unterstützten schließlich 26 von insgesamt 27 Landespolizeibehörden, während er nur die Leitung der Behörde in Rio de Janeiro mit einem Kandidaten seiner Wahl besetzen wollte.

Derweil schlittert Brasilien in eine schwere Wirtschafts- und Gesundheitskrise. Brasiliens Bruttoinlandsprodukt wird um mehr als

5 % einbrechen. Die Pandemie hat das Land – nicht zuletzt aufgrund des irrlichternden Verhaltens des Präsidenten – schwer getroffen. Die Corona-Statistiken, die schon wegen der unbekanntenen Zahl der Tests kritisch gesehen werden muss, zeigen steil nach oben. Inzwischen sind 23.473 Tote und 374.898 Infizierte zu beklagen. (Stand 25.5.2020) Täglich werden mehr als 10.000 neue Fälle registriert. Das ohnehin prekäre öffentliche Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps.

Die Anschuldigungen Moros geben den Forderungen nach einem Absetzungsverfahren gegen den Präsidenten neuen Aufwind. Inzwischen stapeln sich auf dem Tisch des Präsidenten des Abgeordnetenhauses in Brasília mehr als 20 Anträge auf Einleitung eines Impeachments (Amtsenthebung) gegen Bolsonaro.

Brasiliens politische Auguren halten jedoch zu Recht den Erfolg eines neuen Impeachments gegen den Präsidenten – das letzte fand im August 2016 gegen Dilma Rousseff statt – für nicht aussichtsreich. Viel wahrscheinlicher ist dagegen die Übernahme der Macht durch das Militär – in welcher Form auch immer.

Lilli Löbsack, Mitglied des DGLI-Präsidiums, Strafverteidigerin in Berlin

REISEBERICHT ARMENIEN



DGLI-Reisegruppe mit dem Direktor der Völkermord-Gedenkstätte Zernakaber („Schwalbennest“) in Eriwan, im Hintergrund der gespaltene Obelisk als Symbol der Teilung Armeniens

Die alljährliche DGLI-Delegationsreise führte im Herbst 2019 nach Armenien, einem wirtschaftlich aufstrebenden, ausgesprochen facettenreichen und hierzulande recht unbekanntem Staat. So verwundert es nicht, dass vielen nicht bekannt war, nicht nur eines der ältesten christlichen Länder zu besuchen, sondern auch auf den Resten eines südkaukasischen Großreichs zu stehen, das sich zur letzten Blütezeit unter Tigran des

Großen 80 v. Chr. vom Kaspischen bis zum Mittelmeer erstreckte und dem römischen Imperium Paroli bot. Dieses Wissen ist für das Verständnis des Landes wichtig und erklärt dessen ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein als einer Kulturnation, die immer im Spannungsfeld äußerer Machtpolitik stand. Wegen seiner Gebirge und landschaftlichen Reize wird Armenien gerne als die „Schweiz des Kaukasus“ bezeichnet. Ein Zu-

gang zum Meer fehlt heute, deshalb würde sich geostrategisch eigentlich anbieten, die Chancen als Durchgangsland zu nutzen: einerseits zwischen Norden und Süden (also zwischen Georgien und Iran) und andererseits zwischen West und Ost (Türkei und Aserbaidschan). Jedoch machen dies tief sitzende politische Konflikte zu den Nachbarländern und – daraus resultierend – geschlossene Grenzen zu Aserbaidschan und der Türkei unmöglich.

Augenfällig ist die ausgeprägt internationale Ausrichtung der armenischen Bevölkerung. Die ca. 3 Millionen Einwohner repräsentieren nur knapp ein Drittel der ethnischen Armenier, ca. 7 Millionen Armenier leben weltweit verstreut. Mit gut einer halben Million Armeniern hat Frankreich heute die viertgrößte armenische Bevölkerung nach Armenien, Russland und den USA; in Deutschland leben etwa 70.000 Armenier. Dieser internationalen Vernetzung begegnet man auch im Alltag, wenn man spontan das Gespräch mit Armeniern sucht. Man trifft schnell auf Armenier, die selbst im Ausland gelebt oder zumindest Familie oder Freunde haben, bei denen das der Fall ist. Armenien lässt sich nicht denken ohne seine Diaspora. Dementsprechend sind Transferzahlungen der im Ausland lebenden Armenier eine wichtige Einnahmequelle für die nationale Volkswirtschaft.

Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund die identitätsstiftende Funktion von Kultur, Sprache, Religion und Geschichte. Was Letztere betrifft, so spielt die Erinnerung an den Genozid 1915/1916, also der Deportation, Vertreibung und systematischen Ermordung von 1,5 bis 2 Millionen Armenier in der Türkei, eine zentrale Rolle. Nach dem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem bei der Israel-Studienreise im letzten Jahr war unsere Reisegruppe in der eindrucksvoll gestalteten Völkermord-Gedenkstätte Zizernakaberd – in fast greifbarer Nähe zum jenseits der türkischen Grenze liegenden, unerreichbaren, mächtigen mythischen Berg Ararat – mit einer weiteren grausamen ethnischen Ausrottung im 20.



Vor der deutschen Botschaft in Eriwan mit Botschafter Dr. Michael Banzhaf

Jahrhundert konfrontiert. Was bei einem Besuch in Armenien – insbesondere in Eriwan – auffällt ist, wie jung, aufgeschlossen und selbstbewusst die Menschen dort sind. Bildung und alles, was mit Technologie, IT und Kommunikation zu tun hat, spielen seit jeher eine große Rolle. Mathematik hat einen hohen Stellenwert, Schach ist eine Art Volkssport und wird sogar als Schulfach unterrichtet. Eine vielversprechende Basis für IT-Affinität. Schon in der Sowjetunion war Armenien mit den baltischen Staaten ein Cluster für Elektro- und datenverarbeitende Wirtschaft, eine Tradition, an die das Land wieder erfolgreich anzuknüpfen scheint. Deshalb verwunderte auch nicht, dass zeitgleich zur DGLI-Reise in Eriwan der „World Congress on Information Technology“ (WCIT) mit tausenden von Kongressteilnehmern stattfand. Der WCIT, die größte Veranstaltung ihrer Art, führt seit 40 Jahren die technologischen Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Regierungen mit den Wissenschaftlern, Forschern und „hungrigen“ Start-up-Unternehmern zusammen. Der Kongress stand diesmal unter dem Motto „The Power of Decentralisation: Promise and Peril“, beschäftigte sich also mit der Frage, wie Kommunikations- und Informationstechnologie unser Leben zum Guten wie zum Schlechten verändert, und ihre Auswirkungen auf Profit und Wohlstand, Sicherheit,

Demokratie und Menschlichkeit: Eines der herausragenden Zeitthemen nicht nur in Armenien als einer Gesellschaft in Transition. Das Besuchsprogramm war wie immer breit gefächert: Nach dem schon traditionell umfassenden Auftaktbriefing der Delegation durch den deutschen Botschafter in Eriwan, Dr. Michael Banzhaf, standen zunächst intensive Gespräche in der Armenischen Nationalversammlung mit dem Außenpolitischen Ausschuss und der parlamentarischen armenisch-deutschen Freundschaftsgruppe, den Spitzen der Parlamentsverwaltung sowie der Fraktionsführung der liberalen Bright Armenia Party (BAP) sowie der Parteiführung der ältesten liberalen Partei dieses südkaukasischen Landes, des Armenia National Congress (ANC). Beide Partnerparteien stehen in Opposition zur Regierung von Ministerpräsident Nicol Patschinyan, obwohl sie die von ihm

angeführte „Samtene Revolution“ unterstützt hatten. Im Mittelpunkt des Gedankenaustauschs mit den Vertretern des regionalen GIZ-Büros standen deren Programme der „Good Local Governance“ und des „Public Finance Management“. Diese wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussion fand ihre akademische Fortsetzung in der renommierten Yervan State University, die mit etwa 13.000 Studierenden und 1.200 Professoren zu den größten und bedeutendsten Hochschulen des Landes zählt. Zusammen mit den wesentlichen Exponenten seines Lehrkörpers stellte der Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften & Management äußerst anregend und instruktiv die Lehr- und Forschungsschwerpunkte gerade auch mit Blick auf deren Relevanz für die aktuelle Entwicklung Armeniens dar. Vieles kam der Delegation aus der eigenen Anschauung der Transformations-



Erzbischof Nathan Hovhannisjan mit dem Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung im Süd-Kaukasus, Peter-Andreas Bochmann (r.), Manfred R. Eisenbach (l.) und dem Leiter der DGLI-Delegationsreise Dr. Carsten Klein (2. v.l.)



Foto: Christoph Wiedewitt

Kloster Hagharitsin

phase von einer sozialistischen Plan- und Kommandowirtschaft zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung in Deutschland sehr bekannt vor.

Ein besonderes Highlight auch dieser Reise war wiederum das Zusammentreffen mit einem hochrangigen Vertreter der geistlichen Führung des Landes am Sitz des Obersten Patriarchen und Katholikos aller Armenier im ehrwürdigen Kathedralzentrum von Etschmiadsin. Der „Außenminister“ des Heiligen Stuhls, Erzbischof Nathan Hovhannisjan, übermittelte der Delegation die Grüße und guten Wünsche des Katholikos Karekin II. und gab in der intensiven Aussprache einen faszinierenden Einblick in den tiefen christlichen Glauben im armenischen Volk, der eine lange Tradition hat und bis in die Anfänge des Christentums zurückreicht, und dessen Bedeutung für das geistige Überleben in den dunklen Zeiten in der Geschichte seines Volkes mit dem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts.

Anrührend bestätigt wurde diese Erfahrung auch am letzten Reisetag bei einem Ausflug zu den kulturgeschichtlich bedeutsamen Klöstern von Hagharitsin und Gosch im wunderschönen Dilijan-Nationalpark mit den dichtbewaldeten Phambakbergen, deren Ursprünge ins 11. bzw. 12. Jahrhundert zurückgehen. Ersteres wurde dank einer Millionenspende des Sultans von Schardscha, des kleinsten Staats innerhalb der Vereinigten Arabischen Emirate, restauriert. Jetzt wird es von einem Abt, der viele Jahre in Köln mit der größten armenisch-christliche Gemeinde in Deutschland

seelsorgerisch tätig war, geleitet. Das Kloster Gosch, einst die Wirkungsstätte des großen armenischen Universalgelehrten und Dichters des 12. Jahrhunderts, Mechithar Gosch, heute dagegen eher in einem „Dornröschenschlaf“, verzauberte uns mit seiner Samstagsvesperliturgie, zu der uns der junge Mönch-Priester eingeladen hatte. Wahrhaft zwei magische Orte.

Nicht unerwähnt dürfen die Gespräche mit den ebenso mutigen wie ideenreichen Vertretern des Journalistenverbands bleiben, die nicht nur eine exzellente Präsentation ihres „Media Initiative Center“ gaben, sondern auch über die Herausforderungen ihrer Arbeit in einer von Oligarchen beherrschten Medienlandschaft und bei im Umbruch befindlichen Staatsmedien berichteten. Sie erfüllen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z.B. die auf Equal Rights fokussierte, gleichnamige Nichtregierungsorganisation einen essenziellen Beitrag für die Konsolidierung demokratischer Strukturen in Armenien.

Beachtung und Wertschätzung der Delegation in armenischen Regierungskreisen wird deutlich aus ihrem Empfang durch den diplomatischen Berater des Ministerpräsidenten, der uns in dessen Amtssitz am Platz der Republik am Samstagvormittag nach seiner Rückkehr von einer Konferenz im Ausland willkommen hieß. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die besondere geopolitische Situation Armeniens, der Karabach-Konflikt mit Aserbaidschan sowie die Beziehungen zu Russland und insbesondere die Politik zur Eu-



Foto: Christoph Wiedewitt

Vor dem Eingang des Klosters Gosch

ropäischen Union. Die Erwartungen der Bevölkerung an die neue Reformregierung sind immens. Es gilt nicht weniger, die unselige Folge von Wandel und Stillstand in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes unter der neuen, aus den freien Wahlen am 9. Dezember 2018 hervorgegangenen Regierung zu durchbrechen.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass Armenien sich in einer spannenden Entwicklungsphase befindet. Es hat sich aufgemacht auf einem Weg zu mehr Freiheit, Wohlstand, Demokratie und Bürgerrechten. Es befreit sich von autoritären bzw. alt-hergebrachten hierarchischen Strukturen und Oligarchen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Zu spüren ist gerade in der jungen Generation eine große Bereitschaft, sich einzusetzen für Bildung, Innovation, Transformation und wirtschaftliches Wachstum. Die Neugier auf die Errungenschaften in dieser Welt

und die Erwartungen an bessere Lebensbedingungen sind hoch.

Die internationale Prägung geht einher mit einer multipolaren Ausrichtung: historisch besteht – als ehemalige Sowjetrepublik – ein starker Bezug zu Russland, praktiziert wird gleichzeitig eine vorsichtige Annäherung an China, die Beziehungen zu den USA sind konstruktiv, und es besteht eine große Offenheit und starkes Interesse an Europa. Fundamental sind die historisch gewachsenen frankophonen Beziehungen, aber gerade auch Deutschland steht hoch im Kurs. Ein besonderes Highlight wiederum dieser Reise war deshalb auch der Besuch des Goethe-Centers und der Eriwaner PASCH-Schule, an der Deutsch einen besonderen Stellenwert im Unterricht hat: Wir waren einmal mehr stark beeindruckt von den hervorragenden Deutschkenntnissen, dem Wissen um deutsche Literatur und Geschichte und können den weiteren Ausbau der Förderung dieser Projekte der Auswärtigen Kulturpolitik nur



Foto: Christoph Wiedewitt

„Deutschstunde“ in der armenischen PASCH-Schule in Eriwan

nachdrücklich unterstützen. Last but not least: Armenien profiliert sich zunehmend als Produzent hochwertiger Weine. Es existieren bereits Kooperationen mit deutschen Unternehmen, bei 400 autochthonen Weinsorten, die dort angebaut werden, ist sicher noch viel weiteres Potenzial vorhanden. Die „Weinbotschafter“ aus Deutschland konnten beim Besuch eines noch jungen aufstrebenden Weinguts über Fachsimpeln hinaus auch sehr willkommene Hinweise auf neue, nachhaltige Bewässerungsmethoden im israelischen Weinanbau geben.

Diese „Outdoor-Weinprobe“ bei einem aus den Kalifornien in die Heimat zurückgekehrten Finanzmanagers, der sich als Autodidakt zusammen mit seiner Frau und einer motivierten kleinen Mannschaft an einem an seiner alten amerikanischen Wahlheimat orientierten hochmodernen Qualitätsweinbau ausrichtet und auf vorher ödem Land charaktervolle Rot- und Weißweine produziert, war für uns zugleich die Begegnung mit der vorzüglichen armenischen Küche und einer überwältigenden Gastfreundschaft in einer Kulisse, die an die Architektur im Napa oder Sonoma Valley erinnert.



Weinprobe bei der Van Ardi Winery in Sasunik Village in der Aragatsotn Region

Foto: Christoph Wiestawit

Besonderer Dank gilt auch der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Peter-Andreas Bochmann und seinem Team für die wertvolle organisatorische Unterstützung der Delegation vor Ort.

Dr. Carsten Klein, Vize-Präsident der DGLI
Hellmut Meinhof, Mitglied des DGLI-Präsidiums
Manfred R. Eisenbach, Generalsekretär der DGLI

PERSONALIA

Gordon Mackay

Überraschend hat der Südafrikaner Gordon Mackay nach knapp zwei Jahren auf Ende April sein Amt als Generalsekretär der Liberal International in London aufgegeben, um bei der Beraterfirma Access Partnership die

Leitung des Bereichs Multilateral Organisations Practice mit Sitz in London zu übernehmen. In seinem Farewell-Schreiben an die LI-Mitglieder betonte Gordon: „In stepping down as Secretary General, I am not stepping away from the liberal family.“ Die DGLI wünscht Gordon bei seiner neuen Aufgabe

viel Erfolg und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit in neuer Funktion.

Als Acting Secretary-General bestellte das LI-Präsidium mit sofortiger Wirkung William Townsend, langjähriger bisheriger Leiter der LI-Kommunikation.

Wegen der Covid-19-Pandemie erfolgt die übliche internationale Ausschreibung für die Berufung des neuen Generalsekretärs erst dann, wenn die derzeitigen Reisebeschränkungen aufgehoben sind und persönliche Bewerberinterviews in London wieder möglich sind.

TERMINE

XV. LI Day am 19. September 2020 in Bonn

Der diesjährige LI Day wird das Thema Migration in unterschiedlichen Facetten behandeln und am 19. September 2020 in Bonn stattfinden. Eröffnet wird er vom stellvertretenden Ministerpräsident des Landes Nordrhein Westfalens und Ministers für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Dr. Joachim Stamp, MdL.

DGLI-Delegationsreise im Herbst 2020

Verschoben, nicht aufgehoben ... ist die ursprünglich geplante, diesjährige DGLI-Delegationsreise nach Irland. Im Herbst 2020 streben wir mit Dänemark oder Luxemburg Ziele an, die individuell gut erreichbar sind und dennoch vielfältige Einblicke bieten in liberale und europäische Anschauungen. Nähere Informationen dazu erhalten Sie bei Dr. Carsten Klein und demnächst auf unserer Webseite.

„dgli impuls digital“ – ein neues online-Format

Die Corona-Krisenzeit, die wir gerade durchleben, ist unbestritten eine Zäsur, die gravierende Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche hat. Auch wenn sich die historische Tragweite erst mit gebührendem zeitlichen Abstand ermessen lassen wird, wollen wir aus der gegenwärtigen Perspektive heraus reflektieren und dokumentieren, was diese so einschneidenden Veränderungen mit uns und unserem Leben machen.

Dazu soll das online-Format „dgli impuls digital“ dienen. Einmal im Monat geben wir hier ausgewählten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur und gesellschaftlichem Leben die Gelegenheit, ihre persönlichen Sichtweisen, Erfahrungen und Lernkurven darzustellen, um mit ihnen darüber ins Gespräch zu kommen.

Weitere Informationen finden Sie auf www.dgli.de, oder wenden Sie sich direkt an Dr. Carsten Klein, DGLI-Vize-Präsident.

„Liberal Vision“ abonnieren!

Abonnieren Sie doch einfach - gerade in diesen Covid-19-belegten Zeiten - den neugestalteten und informativen Newsletter der Liberal International unter www.liberal-international.org. Sie werden dann über alles Wissenswerte aus der liberalen Weltfamilie informiert.

Bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post oder Email info@dgli.de an die DGLI senden!



An die
Deutsche Gruppe der Liberal International e.V.
Reinhardtstr. 16
10117 Berlin

MITGLIEDSANTRAG*

Hiermit beantrage ich,

Name, Vorname: Geburtsdatum:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Stadt:

Tel., Fax, E-Mail:

die **Mitgliedschaft** in der Deutschen Gruppe der Liberal International e.V. (DGLI).

Jahresbeitrag:

Der Jahresbeitrag beträgt 50,00 Euro für die **Einzelmitgliedschaft**, 80,00 Euro für **Ehepartner** (40,00 Euro je Partner)

und 30,00 Euro für **Auszubildende, Schüler und Studenten** (auf **besonderen Antrag** nach Beschluss des Präsidiums).

Zur jeweiligen Fälligkeit erhält jedes Mitglied eine Rechnung in Höhe des fälligen Jahresbeitrages.

Datum: Unterschrift:

*Bitte deutlich, ggf. in Druckbuchstaben, schreiben!



DGLI-SEKTIONEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Sektionsvorsitzender
Daniel Obst
E-Mail: office@judgedan.de

BAYERN

Sektionsvorsitzende
Cécile Prinzbach
cecile.prinzbach@t-online.de

BERLIN

Sektionsvorsitzende
Saba Farzan
E-Mail: saba.farzan64@gmail.com

BRANDENBURG

Sektionsvorsitzender: Patrick Meinhardt
E-Mail: Patrick.Meinhardt@dgli.de

HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sektionsvorsitzende
Maria Luisa Warburg
E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

HESEN

Sektionsvorsitzende
Katharina Schreiner
E-Mail: K.Schreiner@fdp-frankfurt.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Sektionsvorsitzender
Gino Leonhard
E-Mail: gino-leonhard@online.de

NIEDERSACHSEN / BREMEN

E-Mail: info@dgli.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Sektionsvorsitzende
Claudia Bögel-Hoyer
E-Mail: claudia.boegel-hoyer@web.de

RHEINLAND-PFALZ

Sektionsvorsitzender
Johannes Knewitz
E-Mail: johannesknewitz@gmail.com

SAARLAND

E-Mail: info@dgli.de

SACHSEN

Sektionsvorsitzender
Frank Müller-Rosentritt MdB
E-Mail: frank.mueller-rosentritt@bundestag.de

SACHSEN-ANHALT

E-Mail: info@dgli.de

THÜRINGEN

Sektionsvorsitzender
Dr. Wolfgang Weisskopf
w.weisskopf@weisskopf-law.com

AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de